



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 16. Dezember 2019  
(OR. en)

14886/19  
ADD 1  
LIMITE  
PV CONS 69  
ECOFIN 1121

**ENTWURF EINES PROTOKOLLS**  
**RAT DER EUROPÄISCHEN UNION**  
(Wirtschaft und Finanzen)

5. Dezember 2019

## INHALT

Seite

### Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

|                                                 |                                                                                           |   |
|-------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| 11                                              | Agenda für ein nachhaltiges Finanzwesen .....                                             | 3 |
| 12.                                             | Umsetzung des Aktionsplans für den Abbau notleidender Kredite in Europa.....              | 3 |
| 13.                                             | Beschlüsse/Empfehlungen des Rates zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes..... | 3 |
| 14.                                             | Sonstiges.....                                                                            | 3 |
|                                                 | EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke                           |   |
| ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... |                                                                                           | 4 |

\*\*\*

## Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

### 11. Agenda für ein nachhaltiges Finanzwesen 14335/19

*Informationen der Kommission und Gedankenaustausch*

Der Rat führte – auf der Grundlage des Vermerks des Vorsitzes und von Ausführungen der Kommission – einen Gedankenaustausch über die künftige Agenda für ein nachhaltiges Finanzwesen.

### 12. Umsetzung des Aktionsplans für den Abbau notleidender Kredite in Europa

*Ausführungen der Kommission*

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zum neuesten Stand und die Bemerkungen der EZB zur Kenntnis.

### 13. Beschlüsse/Empfehlungen des Rates zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes 14176/19 Annahme 14177/19 14178/19 14179/19

Der Rat nahm Beschlüsse des Rates an, in denen festgestellt wird, dass Ungarn und Rumänien auf die Empfehlungen des Rates vom 14. Juni 2019 hin keine wirksamen Maßnahmen ergriffen haben, sowie Empfehlungen des Rates zur Behebung der festgestellten erheblichen Abweichung vom Anpassungspfad.

### 14. Sonstiges

#### **EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke** 14699/19

*Ausführungen der dänischen Delegation*

Der Rat nahm den Standpunkt Dänemarks und anderer Delegationen zu einer möglichen weiteren Ausgestaltung der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke zur Kenntnis.

**Erklärungen zu den nicht die Gesetzgebung betreffenden A-Punkten in Dokument 14453/1/19**  
**REV 1**

- Zu A-Punkt 19:**      **Beschluss des Rates über den Abschluss des Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommens mit Jordanien**  
*Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments*
- Zu A-Punkt 20:**      **Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens über den gemeinsamen Luftverkehrsraum mit Moldau**  
*Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments*
- Zu A-Punkt 22:**      **Beschluss des Rates über den Abschluss des Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommens mit Israel**  
*Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments*

**ERKLÄRUNG SPANIENS**

"Spanien erklärt, dass die Annahme dieses Beschlusses seine Rechtsauffassung in der Auseinandersetzung über die Frage der Hoheitsgewalt über das Gebiet, auf dem sich der Flughafen von Gibraltar befindet, nicht berührt. Spanien weist darauf hin, dass es die Kommission am 20. November 2012 darüber informiert hat, dass es die Erklärung von Córdoba als nicht mehr gültig betrachtet und Spanien es ab diesem Zeitpunkt somit nicht mehr für akzeptabel hält, in den Rechtsvorschriften der Europäischen Union für die Zivilluftfahrt weiterhin auf die Ministererklärung vom 18. September 2006 zum Flughafen von Gibraltar (die Erklärung von Córdoba) Bezug zu nehmen; das Land fordert deshalb im Rahmen aller Vorschläge für neue Rechtsvorschriften eine Rückkehr zu der Situation vor dem 18. September 2006."

---